

Skepsis, aber noch keine Krisenstimmung

STUTT GART Die Arbeit der Wirtschaftsministerin rückt in der Krise in den Fokus – Hoffmeister-Kraut setzt auf Chancen des Strukturwandels

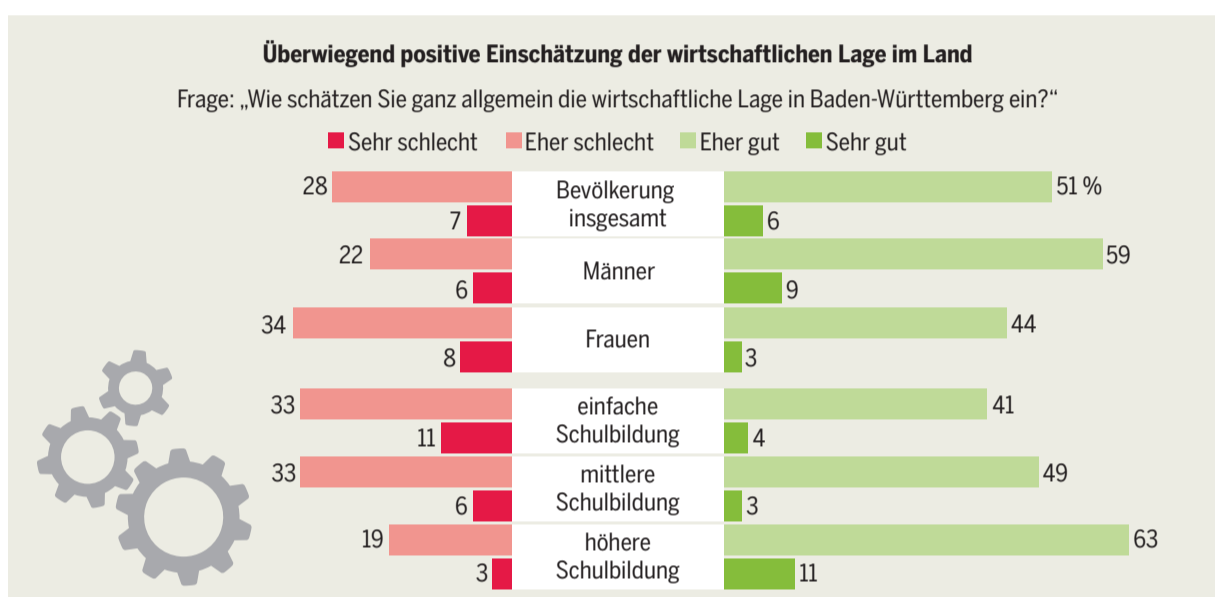
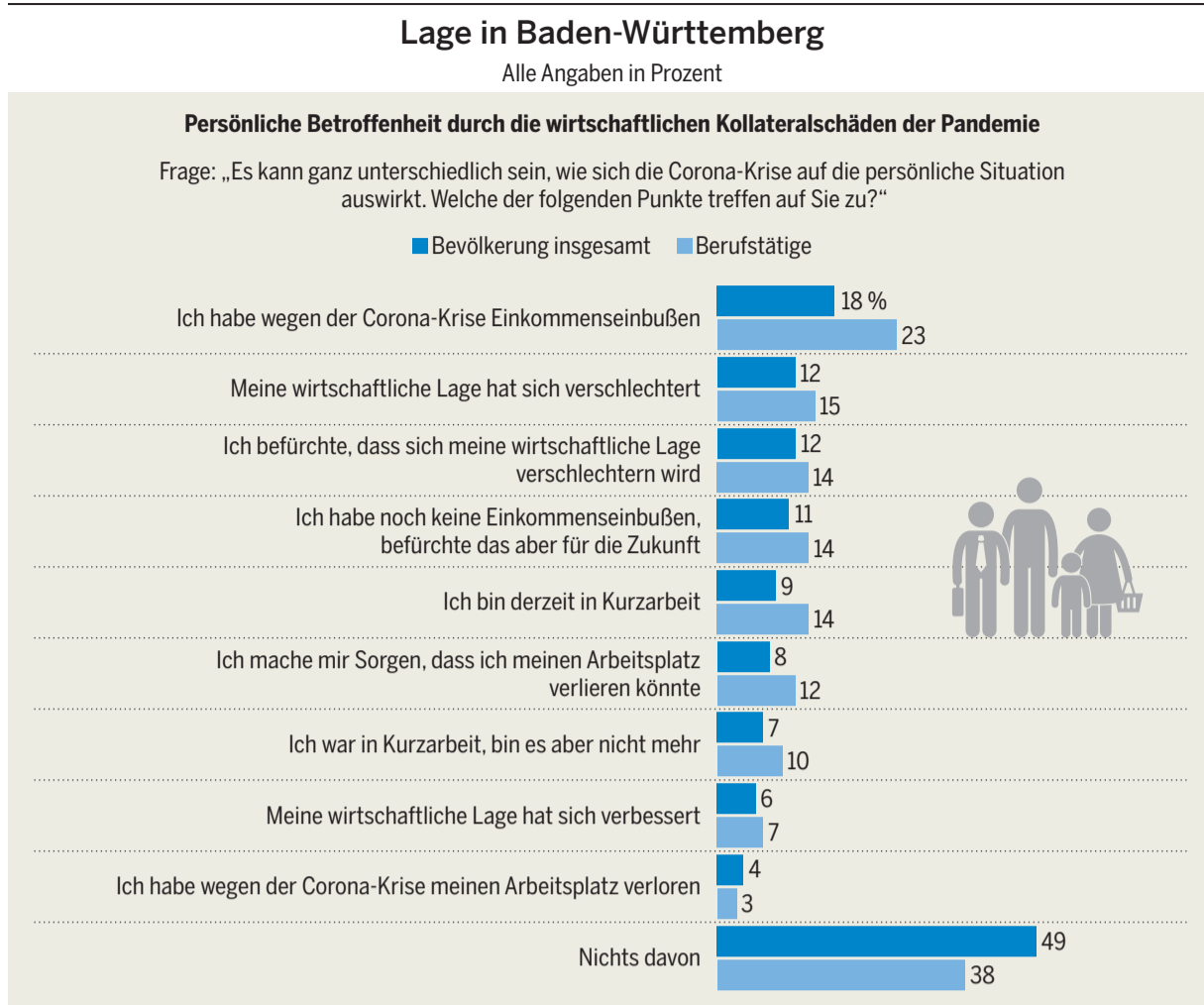
Von unserer Korrespondentin Ulrike Bäuerlein

Diese Meldungen haben Nicole Hoffmeister-Kraut, Wirtschaftsministerin von Baden-Württemberg, gerade noch gefehlt. Der Präsident des baden-württembergischen Handelsverbands spricht von einer „äußerst dramatischen Lage“ der Branche aufgrund des Lockdowns, mehr als die Hälfte der Betriebe fürchte um ihre Existenz. Ebenfalls am Mittwoch fordert die Landtags-SPD den Rücktritt der Ministerin als Folge des Debakels um den baden-württembergischen Expo-Pavillon auf der Weltausstellung in Dubai, das den Steuerzahler 15 Millionen Euro kostet. Zwei Monate vor der Landtagswahl weidet SPD-Fraktionschef Andreas Stoch genüsslich aus, dass eine CDU-Ministerin die Verantwortung dafür trägt. „Wie soll eine Wirtschaftsministerin, die keinerlei Kontrolle über das eigene Haus hat, angeschlagene Unternehmen aus der Krise führen? Baden-Württemberg kann sich in der aktuellen Situation keine hilflose Wirtschaftsministerin leisten“, poltert Stoch.

ken der Menschen über ihre persönliche Lebenssituation. Wie sicher sind die Arbeitsplätze? Sind die Lebensqualität und die gefühlte gute wirtschaftliche Lage in Gefahr? Die Stimmung trübt sich ein – obwohl das Vertrauen in die Wirtschaftskraft des Landes nach wie vor groß ist. Dies geht aus dem aktuellen BaWü-Check des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen hervor, der sich in seinem dritten Teil nun mit der Sicht der Bürger auf die Wirtschaft befasst hat.

Keine Angst „Die Sorge der Menschen ist berechtigt“, sagt die Wirtschaftsministerin tags zuvor im Gespräch mit unserer Zeitung. „Wir stecken mitten in großen wirtschaftlichen Umbrüchen. Nicht nur bei der Autoindustrie bis hin zur Elektromobilität, sondern auch bei der Digitalisierung. Das ist das eigentliche Thema.“

Dennoch sieht die Ministerin nicht schwarz. Im verarbeitenden Gewerbe und im Automobil- und Zulieferersektor sei die Auftragslage stabil, im Maschinenbau gebe es sogar eine Aufbruchsstimmung. „Insgesamt sollten wir keine Angst vor dem Strukturwandel machen. Er eröffnet auch viele Chancen. Baden-Württemberg hat schon vieles durchgestanden und es immer wieder geschafft, sich neu aufzustellen. Darauf setze ich“, sagt Hoffmeister-Kraut. Gewinner und Verlierer wer-



HSt-Grafik, Quelle: Allensbacher Archiv, IHD-Umfrage 6161, Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre, Illustration: Jeremy/stock.adobe.com

de es aber geben. „Um den stationären Einzelhandel, um die Schausteller, die Messe-, Veranstaltungs- und Reisebranche mache ich mir derzeit die größten Sorgen. Mit jeder weite-

ren Woche des Lockdowns verlieren wir im schlimmsten Fall weitere Betriebe, auch wenn wir, so gut es geht, finanziell helfen“, so Hoffmeister-Kraut.

INFO BaWü-Check

Der BaWü-Check ist eine gemeinsame Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, an der sich auch die Heilbronner Stimme beteiligt.

Hochschulen erhalten weitere Corona-Hilfen

Land will nächste Woche Paket über 71,5 Millionen beschließen

Von unserem Korrespondenten Michael Schwarz

STUTT GART Das Land will den Hochschulen im Südwesten 71,5 Millionen Euro zusätzlich zur Bewältigung der Corona-Pandemie zur Verfügung stellen. Dies geht aus der Kabinettsvorlage von Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) hervor, die der Ministerrat in seiner Sitzung am kommenden Dienstag verabschieden will. Das Papier liegt der Heilbronner Stimme bereits vor.

Gefahr Laut Bauer müsse sichergestellt werden, dass es wegen der Krise „nicht zu verlorenen Kohorten an hochqualifizierten Fachkräften kommt“. Daher müssten Hochschulen in die Lage versetzt werden, den Studierenden „innerhalb der Regelstudienzeiten erfolgreiche Abschlüsse auf hohem Qualifikationsniveau zu ermöglichen“.

Die größte Unterstützung erhalten die Universitäten im Südwesten mit 37 Millionen Euro. Die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften bekommen 14,8 Millionen Euro, die Medizinischen Fakultäten 13,7 Millionen Euro. Weitere Mittel fließen an die Pädagogischen Hochschulen (2,7 Millionen), die Dualen Hochschulen (1,8 Millionen) und an die Kunst- und Musikhochschulen sowie Akademien des Landes (1,5 Millionen). Um die Höhe der Hilfen festzustellen, hat Bauer zuvor die Zusatzbedarfe der Hochschulen von der Landesrektorenkonferenz für die Jahre 2020 und 2021 berechnen lassen. Nach einer Überprüfung der Angaben wurden die Zuschüsse dann festgelegt. Bereits Mitte 2020 hatte das Land erstmals 40 Millionen Euro Corona-Soforthilfen für die Hochschulen bewilligt.

Gründe In der Corona-Krise hat sich unter anderem der Personalbedarf erhöht. Hier geben die Hochschulen eine Zusatzbelastung in Höhe von knapp 35 Millionen Euro an. Demnach müssen krankheitsbedingte Ausfälle kompensiert werden oder zur Einhaltung der Corona-Vorgaben an den Hochschulen ist mehr Personal nötig. Einen großen Teil mit 17,5 Millionen Euro machen auch Zusatzausgaben unter anderem für Schutzausstattungen, bauliche Schutzmaßnahmen oder die Reinigung und Desinfektion aus.

Kurz notiert

Parteitag trotz Pandemie

STUTT GART Die baden-württembergische AfD veranstaltet nun doch einen Parteitag – und zwar als Präsenzveranstaltung mitten in der Pandemie. Die Abgeordneten wollen am 6. und 7. Februar in der Messe Stuttgart zusammenkommen, wie ein Sprecher von Landeschefin Alice Weidel bestätigte. Der Verband will dann die Landesliste für die Bundestagswahl im September aufstellen. Man könne alle vorgeschriebenen Hygieneregeln einhalten, versichert der Sprecher der Südwest-AfD, Markus Frohnmair. *dpa*

40 000 Mal in der Luft

FILDERSTADT Die Einsätze der DRF-Luftrettung sind trotz Corona-Pandemie auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Vorjahr geblieben. Im Jahr 2020 seien die Helfer zu knapp 40 000 Einsätzen ausgerückt, wie aus dem Bericht der Luftrettung hervorgeht. „Wir sind stolz darauf, dass wir auch unter diesen sehr schwierigen Bedingungen umfassend für die Menschen da sein konnten“, teilte der Vorstandsvorsitzende Krystian Pracz am Mittwoch mit. Die DRF-Luftrettung mit Sitz in Filderstadt gehört zu den größten Luftrettungsorganisationen Europas. Zu den häufigsten Alarmierungsgründen gehörten Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie Herzinfarkt und Schlaganfall sowie Unfälle. *dpa*

Tierwohl-Apps sollen Landwirten helfen

STUTT GART Mit Apps auf ihren Smartphones sollen Landwirte das Wohl ihrer Tiere besser im Blick haben. So kann der Bauer über das in Baden-Württemberg entwickelte Angebot „Fit for pigs“ zum Beispiel aktuelle Informationen über Krankheiten wie die Afrikanische Schweinepest abrufen. Fotos und Videos sollen bei der Einordnung helfen, ob die eigenen Tiere betroffen sind. Die App „Q-Wohl-BW“ soll vor allem der Eigenkontrolle dienen. Landwir-

te können so etwa überprüfen, ob die Haltungsbedingungen ihren Rindern schaden.

„Gesunde Tiere sind eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige und tierwohlgerechte landwirtschaftliche Nutztierhaltung“, sagte Landwirtschaftsminister Peter Hauk der dpa in Stuttgart. Ein wesentlicher Vorteil der App liegt aus Sicht des Ministeriums darin, dass Landwirte das Wissen vermittelt übers Handy quasi in der Ta-

sche haben und direkt im Stall anwenden könnten. Anders als in Lehrbüchern biete die App auch Tonspuren und hochauflösende Wärmebildkamera-Aufnahmen und -Videos. Insbesondere bei größeren Tierbeständen seien die Tierwohl-Apps zu empfehlen. Praktiker scheinen allerdings eher skeptisch. Eine Sprecherin des Landesbauernverbandes sagte, ein gestandener Landwirt erkenne Krankheiten dank seiner Erfahrung ohne App. *dpa*

Land untersucht Mutationen

STUTT GART Das Land Baden-Württemberg untersucht Coronavirus-Proben künftig selbst auf mögliche Mutationen. Die gezielte Diagnostik der Virusmutanten sei ab sofort auch im Landesgesundheitsamt möglich, teilte das Gesundheitsministerium des Landes am Mittwoch mit. Untersucht werden sollen vor allem die in Großbritannien und Südafrika aufgetretenen Virusvarianten. Das Gesundheitsministerium erhofft sich, bei Verdachtsfällen da-

mit künftig schneller reagieren zu können. Bislang mussten Proben von Verdachtsfällen aus dem Land an die Charité nach Berlin geschickt werden. An den Universitätskliniken im Land sollen zusätzliche Kapazitäten für die Analyse der Viren geschaffen werden, hieß es. Auch die Methodik zur Untersuchung werde vorangetrieben. So sollen künftig auch bislang unbekannt Virus-Mutationen nachgewiesen werden können. *dpa*

CDU: Mehr Geld für Familien, Polizei und Netzausbau

100-Punkte-Programm formuliert Ziele für die kommenden Jahre – Fortsetzung der Koalition mit den Grünen sei gut vorstellbar

Von Henning Otte

STUTT GART Die CDU will im Fall einer Machtübernahme nach der Landtagswahl mehr Geld für Familien, Innere Sicherheit und den Ausbau des schnellen Internets lockermachen. In einem Entwurf für ein 100-Punkte-Wahlprogramm, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt, formuliert die CDU-Landesliste die Ziele für die nächsten Jahre.

Trotz einiger Seitenhiebe auf den grünen Koalitionspartner bereitet die CDU an vielen Stellen einer Fortsetzung der Koalition mit den Grünen den Weg. Allerdings möchte sich die CDU aus der Rolle des Juniorpartners befreien und mit Kultusministerin Susanne Eisenmann die Regierungschefin stellen.

In der Einleitung des Programms mit dem Titel „Baden-Württemberg entfesseln – unser Weg aus der Krise“ heißt es: „Das nächste Jahrzehnt wird entscheiden, ob wir wieder zurück an die Spitze finden oder uns in-

beschaulicher Verschlafenheit einrichten.“

Gleichwohl machte CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart erneut klar, dass man sich eine Fortsetzung der Koalition mit den Grünen gut vorstellen kann. Die Herausforderungen nach Corona würden gewaltig sein, sagte er. „Da braucht es eine breite Parlamentsmehrheit. Nach Lage der Dinge haben nur CDU und Grüne diese Perspektive.“

Förderung statt Zwang Beim Klimaschutz setzt die Union auf Förderung statt auf Zwang. Während die Grünen eine Solarpflicht bei Neubauten und Dachsanierungen wollen, setzt die CDU auf stärkere finanzielle Förderung. Bei der Windkraft will die CDU dafür sorgen, dass an bereits erschlossenen Standorten leistungsfähigere Anlagen aufgestellt werden können. Für Familien will die CDU ein Familiengeld einführen, das unabhängig vom Einkommen, Job und der Art der Be-

treuung bezahlt wird. Das Baukindergeld soll verlängert werden – auch wenn der Bund Ende März aus der Förderung aussteigen sollte. „Baden-Württemberg muss wieder zum Land der Häuslebauer werden“, findet die CDU. Zudem will die CDU die Polizei stärken. Demnach

soll es 1400 Einstellungen pro Jahr geben. Darüber hinaus sollen 250 Digital-Experten sowie 250 Einsatz- und Ermittlungsassistenten eingestellt werden. Dem Entwurf zufolge wollen die CDU und ihr Vorsitzender Thomas Strobl, der auch Landesinnenminister ist, das Technik-

budget der Polizei um 200 Millionen Euro erhöhen.

Um die Digitalisierung voranzubringen, will die CDU kräftig in den Ausbau des schnellen Internets investieren. „Mit weiteren 1,5 Milliarden Euro wollen wir in den kommenden fünf Jahren dafür sorgen, dass Glasfaser überall dort verlegt wird, wo sie gebraucht wird.“

Rechnung Eine Rechnung, was die gesammelten Forderungen kosten und wie sie finanziert werden sollen, legt die CDU-Spitze in dem Entwurf nicht vor. Die Union setzt dabei offensichtlich vor allem auf ein Anziehen der Konjunktur nach der Pandemie und damit wieder stärker sprudelnde Steuereinnahmen. Denn: „Auch für die Zukunft lehnen wir Steuererhöhungen ab“, heißt es in dem Entwurf.

Die CDU will am 23. Januar auf einem digitalen Parteitag das Programm für die Landtagswahl beschließen.



Nach Lage der Dinge hätten nur CDU und Grüne die Perspektive einer Parlamentsmehrheit, so Wolfgang Reinhart, Vorsitzender der CDU-Landesfraktion. Foto: dpa